

ECHO

AM FREITAG

Freitag, 24. April 2009 | 2. Jg., Nr. 74 | Preis 0,50 € | www.echoamfreitag.at

KOMMENTAR



Der Bock als Gärtner

VON ARMIN MUIGG

Nach fast vier Jahren, in denen die Diskussion um die Agrargemeinschaften immer heftiger geführt wurde, ist man auch in Wien auf das Thema aufmerksam geworden und so kann man jetzt österreichweit lesen, was in Tirol schon seit langem bekannt ist. Zwar werden diese Tatsachen von einer Handvoll Agrarier als nicht besonders angenehm, vor allem für die eigene Tasche, gesehen und deshalb bekämpft, zu rütteln gibt es an der jahrelangen Rechtsbeugung und Missachtung des Rechtsstaates allerdings nichts. In den vergangenen Jahrzehnten brachten sich die Agrargemeinschaften rechtswidrig in den Besitz von 2000-3000 Quadratkilometer Grund, die Tiroler Gemeinden – und damit die Tiroler Gesamtbevölkerung – erlitten seither Verluste in Milliardenhöhe. Mit Pamphleten und Aufrufen zu „Forschungsförderungsspenden“ – um das zweimalige Urteil des Verfassungsgerichtshofs zu bekämpfen – wird seither agiert und eine Haltung an den Tag gelegt, die tief im Denken der Macht-Agrarier verwurzelt ist. Einer, der zu ihnen zählt, ist Alt-Landeshauptmann Alois Partl, einstige treibende Kraft rund um Eduard Wallnöfer. Heute sagt Partl, er habe nichts gewusst und hätte mit Wallnöfer auch nie über das Thema Agrargemeinschaften gesprochen – doch das muss lediglich als schwache Ausrede gewertet werden: Denn Partl war zur Zeit des ersten Verfassungsgerichtshofurteils 1982 nicht nur Agrarlandesrat, sondern auch Gemeindefeuerrent. Damit hatte man mit einem durchdachten Schachzug den Bock zum Gärtner gemacht – Partls Interesse konnte, schon allein aus seiner Bauernbundprägung und der ÖVP-Haltung in dieser Sache, nicht auf Seiten der Gemeinden sein und war es auch nicht. Denn das Urteil aus dem Jahre 1982 wurde nie umgesetzt und totgeschwiegen. Der Filz des Bauernbundes fraß sich fest. Jetzt will Landeshauptmann Günther Platter das Urteil – mit 27-jähriger Verspätung – umsetzen, mit allen Konsequenzen. Und diese sind zu erwarten, denn weitere Angriffe der Agrargemeinschaften auf das Gemeindegut sind vorprogrammiert. Doch Platter weiß, was auf dem Spiel steht, und dass er dem Land diese Pfründewirtschaft nicht mehr zumuten kann. Hoffentlich wird das Ende des Agrarraubzuges dann den österreichischen Medien auch eine Zeile wert sein. In Tirol wird es das sicher.

a.muigg@echoamfreitag.at

Seit 40 Jahren: Der Kampf um Eigentum und Recht

AGRARGEMEINSCHAFTEN. In einem Flugblatt wies die SPÖ Neustift schon im Jahr 1965 darauf hin, dass durch die Gründung der Agrargemeinschaft der Gesamtbevölkerung geschadet worden sei.

Die Zeit heilt sie nicht immer – die Wunden. Vor allem dann nicht, wenn diese trotz ihres Alters so schmerzhaft sind. Schmerzen bereitet er jedenfalls, der Prozess, in dem das Land Tirol seit nunmehr über drei Jahren und äußerst schwerfällig zum Bewusstsein kommt, dass die Gründung der Agrargemeinschaften und die damit verbundene Quasi-Enteignung der betroffenen Gemeinden ein politisch gewollter und gezielt gesetzter Akt war. Dass es so lange dauert zu begreifen, dass vor 30, 40 oder 50 Jahren eine Teilung der Gemeindebürger in besitzende beziehungsweise herrschende Bauern und in besitzlose beziehungsweise abhängige Rest-Bürger manifestiert wurde, liegt wohl auch daran, dass ein politisch sanktionierter

BÜRGER von NEUSTIFT!!!

es geht um das VERMÖGEN unserer GEMEINDEN!

Wir SOCIALISTEN von NEUSTIFT wenden uns an die Bevölkerung in der Hoffnung, daß wir verstanden werden wenn wir schon seit Monaten sagen, das Regulierungsverfahren bei Weid und Weide ist nicht nur unsozial und für die gesamte Bevölkerung von schaden, sondern dient nur dem EGOTISMS einzelner GEMEINDEBÜRGER.

Durch die Bildung dieser Agrargemeinschaft - begünstigt von einem sehr zweifelhaften Regulierungsgesetz - unzulängliche Aufklärung der Bevölkerung sowie noch eine nicht den gemeinsamen INTERESSEN dienende Gemeindevertretung ist es soweit gekommen, daß wir nun von all unserem Weidbesitz befreit wurden um nicht zu sagen wir wurden enteignet!!!.

Aufruf: Bereits 1965 wurden die Bürger von Neustift zum Kampf um das Gemeindegut aufgefordert. Ergebnislos, wie man sieht.

Diebstahl in einem vermeintlichen Rechtsstaat eben nur schwer zu begreifen ist. Wenig hilfreich sind dabei Aussagen wie die jüngste Georg Danzls, der Obmann der Plattform Agrar ist, und der seine Mitstreiter in den Agrargemeinschaften auffordert: „Wir müssen den Beweis erbringen, dass die Gemeind (Gemeindegut, Anm. d. Red.) nie wahres Eigentum der politischen Ortsgemeinde

war! Tatsächlich wurden nicht die politischen Ortsgemeinden bestohlen, sondern wir Stammsitzliegenschaftsbesitzer sollen jetzt enteignet werden! Das sind die Tatsachen.“ Mag sein, dass die Aussicht auf lieb gewonnene – weil Gewinn, Macht und Einfluss begründende – (Un)Rechte verzichten zu müssen, die Sinne verwirrt. Dass das Gemeindegut den Gemeinden gehört, stellte

nicht nur im Juni 2008 der Österreichische Verfassungsgerichtshof fest. Das wussten aufmerksame Gemeindebürger schon, als der heute schwer begreifbare Raubzug gerade im Gang war. In Neustift zum Beispiel, wo 1965 ein Flugblatt des SPÖ-Gemeinderats Franz Hochrainer die Neustifter Gemeindebürger darüber informierte. Vor 44 Jahren wurden die Neustifter über jene historischen Tatsachen aufgeklärt, welche die Plattform Agrar heute wohl aus streng egoistischen Gründen nicht anerkennen will. Wie so viele Warner seiner Zeit erteilte auch den Neustifter SPÖ-Gemeinderat das Schicksal der Cassandra. Seine Aufforderung, um das Gemeindegut zu kämpfen und nicht den Egoismus einzelner Bauern zu bedienen, blieb ohne Folge. Bis heute.